

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Sonderheft 5

(1.-4. Tsd., Mai 1973)

Inhalt	Seite
Zu diesem Heft	I
Renate Damus Zur Problematik der doppelten Wirtschaftsrechnung am Beispiel der Wirtschaftsreformen in der DDR.....	1
Renate Damus Die „Anwendung der Arbeitswerttheorie“ und die Planung der Preise in der DDR.....	56

Die Zeitschrift wird inhaltlich gestaltet von der Redaktionskonferenz.
Presserechtlich verantwortlich für diese Nummer: Jürgen Hoffmann, Susanne Piening. Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e. V., Westberlin.

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

erscheint vierteljährlich, Nr. 7 im Mai 1973. – Preis des Einzelheftes DM 4,00, des Doppelheftes DM 8,00, der Sonderhefte je nach Umfang und Auflagenhöhe. – Abonnements sind nur direkt vom Verlag aus möglich. Abonnementspreis: DM 15,00 für vier Einzelhefte inklusive Versandkosten; wird Luftpostzusendung gewünscht (nur außerhalb Mitteleuropas), bitte DM 17,50 überweisen. Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 15,00 bzw. 17,50 für 4 Einzelhefte bezahlt wurde. Dabei ist anzugeben, ab welchem Heft das Abo gewünscht wird, wobei frühestmöglicher Abo-Beginn das jeweils als letztes erschienene Heft ist. Sonderhefte sind im Abo nicht enthalten. Sie werden auf Bestellung jeweils nach Erscheinen portofrei zugesandt und getrennt berechnet. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen vor Ablauf des jeweiligen 4-Hefte-Turnus. Bezahlung durch Überweisung an POLITLADEN GmbH, Konto 3234-850 beim Postscheckamt Nürnberg oder Konto 1190 bei der Raiffeisenbank Effeltrich/Oberfranken. Auslandsüberweisungen bitte ausschließlich per Post!

Redaktion: Probleme des Klassenkampfes, 1 Berlin 10, Postfach 100 529
Telefon: 0311 - 3 13 49 13 (montags 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr)
Verlag und Vertrieb: Politladen GmbH, 852 Erlangen, Hindenburgstr. 17 – Tel. 09131 - 24850
Satz und Druck: Politladen GmbH, Gaiganz/Ofr. – Tel. 09199 - 287

Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.
Nachdrucke – auch auszugsweise – nur nach Rücksprache mit dem Verlag zulässig

Zu diesem Heft

Die Auseinandersetzung innerhalb der Linken (soweit sie nicht der DKP nahestehen) über das Problem der Übergangsgesellschaft ist gegenwärtig weithin geprägt durch kühne Operationen mit Begriffen wie „Ware – Geld-Beziehungen“, „Wertgesetz als Regulator der Produktion“, „Primat der Ökonomie gegenüber dem Primat der Politik“, „Neue Bourgeoisieklasse“ etc., die sämtlich darauf hinzielen, aufgrund der Beobachtung bestimmter Erscheinungsformen in den sozialistischen Ländern eine vorherrschende Tendenz der Rückkehr zum Kapitalismus in diesen Ländern feststellen zu können. Das dabei normalerweise angewandte Verfahren ist das des oberflächlichen Analogieschlusses. Die Dinge werden bei ihrem Namen genommen, Geld ist eben gleich Geld und Ware gleich Ware und Wertgesetz gleich Wertgesetz. Schließlich sprechen die Genossen in den sozialistischen Ländern ja selber davon, daß sie Ware–Geldbeziehungen aufrechterhalten, daß sie das Wertgesetz anwenden, wenn auch als sozialistisches. So geht man dann davon aus, daß das Attribut „sozialistisch“, das vor den Begriff des Wertgesetzes gestellt wird, tatsächlich überflüssig ist, nur eine Verhüllung des eigentlich kapitalistischen Gehaltes desselben sei.

Wir gehen nicht davon aus, daß die Perspektive weltrevolutionärer Entwicklung sich verbessert, wenn man zum Ergebnis kommt, die sozialistischen Gesellschaften seien zu einem großen Teil auf dem Weg zurück zum Kapitalismus und diese Tendenz habe einen unaufhaltsamen Charakter. Dies ist der eine Grund, weshalb wir eine genaue und ernsthafte Auseinandersetzung mit der Entwicklung in diesen Ländern für notwendig halten. Als ernsthafte Auseinandersetzung wäre eine solche zu bezeichnen, die sich nicht einfach an den Begriffen Ware – Geld – Wertgesetz aufhängt, so wie sie als Begriffe verwendet werden, sondern sich auf die Analyse des wirklichen Inhalts dieser Kategorien in den sozialistischen Ländern richtet. Eine solche Analyse hat sich daher materialistisch auszuweisen, indem sie nicht der Wirklichkeit der sozialistischen Gesellschaften das Modell eines besseren, revolutionäreren Gangs der Ereignisse entgegenstellt, ohne daß die zugrunde liegenden historischen Probleme untersucht werden und mögliche alternative Antworten auf diese entwickelt werden. Die beiden Aufsätze von Renate Damus zur Entwicklung des Systems der Planung und zur Anwendung der Arbeitswertlehre bei der Planung der Preise in der DDR sind als ein solcher Versuch zu werten, die realen Probleme in der DDR bei der Planung des gesamtgesellschaftlichen Prozesses ausschnittshaft aufzugreifen. Dabei werden Genese und Funktionsmechanismus des ökonomischen Systems detailliert untersucht und die Ergebnisse der Analyse daraufhin befragt, inwieweit es in der DDR gelingt, den Prozeß der bewußten Vergesellschaftung voranzutreiben.

Gerade weil dieser Prozeß aber ein alle gesellschaftliche Bereiche

umfassender ist und nicht auf die (im engeren Sinne) Ökonomie beschränkt sein darf, ist es an dieser Stelle notwendig, auf die bedingte Aussagekraft der Ergebnisse der nachfolgenden Untersuchungen hinzuweisen. Schließlich ist die Übergangsgesellschaft gerade dadurch gekennzeichnet, daß die überkommene Trennung von Politik und Ökonomie (als Ausdruck der unbewußten Vergesellschaftung in der kapitalistischen Produktionsweise) sukzessive aufgehoben resp. überwunden wird. Wenn daher die Sphäre des Politischen (hier als umfassende Regulierung und Beherrschung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch die Gesellschaft) in immer stärkerem Maße die Sphäre der Ökonomie überlagert und damit die Produktion den Bedürfnissen der Gesellschaft untergeordnet wird, so ist zu untersuchen, inwieweit die Politik selbst (ihre Ausformulierung und die Institutionen ihrer Durchsetzung) den Prozeß der bewußten Vergesellschaftung befördert bzw. die entscheidende Kraft in diesem Prozeß ist. Eine solche umfassende Analyse erfordert also – um hier nur einige Punkte zu benennen – die Untersuchung

- der gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere der Partei und der Gewerkschaften, in ihren doppelten Funktionen als Organe der Willensbildung resp. der Vertretung der Interessen der Arbeiter auf allen Ebenen der Gesellschaft und als „Transmissionsriemen“ der Formen und Institutionen der Sozialisation (Familie, Schule ...)
- der Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation im unmittelbaren Produktionsprozeß; der Realisierung der Forderung, diese Formen der Arbeitsorganisation (als eine Form der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit) mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbinden
- der Entfaltung sozialistischer Demokratie als Vergesellschaftung der Entscheidungsprozesse in allen Bereichen der Gesellschaft.

Erst eine so angegangene umfassende Untersuchung der existierenden Übergangsgesellschaften läßt hinreichende Schlüsse über die Entwicklungsrichtung dieser Länder zu. Allerdings wird eine solche Arbeit nicht zuletzt dadurch erschwert, daß die Empirie uns weitgehend verschlossen bleibt, andererseits die vorhandenen und verfügbaren veröffentlichten Untersuchungen von DDR-Theoretikern nur allzuoft in apologetischer Weise mit dem Material verfahren, was sowohl eine kritische Diskussion in der DDR erschweren dürfte als auch eine solidarische Auseinandersetzung mit ihnen.

In diesen umfassenderen Zusammenhang sind auch die nachfolgenden Aufsätze einzuordnen, die gerade darin ihre Relevanz haben, daß sie das Verhältnis von Politik und Ökonomie in den Übergangsgesellschaften am Beispiel der DDR an ihrer Nahtstelle, der Umsetzung der Politik in der materiellen Produktion, untersuchen.

Jürgen Hoffmann

Christel Neusüss

Wolfgang Müller

Dieter Staritz

Renate Damas

ZUR PROBLEMATIK DER DOPPELTEN WIRTSCHAFTSRECHNUNG AM BEISPIEL DER WIRTSCHAFTSREFORMEN IN DER DDR *

I. Einleitung

1. Zur Problematik der Kategorien „dezentral-zentral“

Wenn der Darstellung und kritischen Reflexion über die Entwicklung der „Wirtschaftsreformen“ in der DDR Ausführungen vorangestellt werden, in denen die Vorstellungen hinsichtlich eines stärker zentralen bzw. dezentralen Modells an Hand von Bettelheim und Brus entwickelt werden, dann nicht deshalb, weil ich der Ansicht bin, daß damit bereits die entscheidende Ebene der Auseinandersetzung mit hoch entwickelten osteuropäischen Staaten angesprochen wäre. Die Ebene zentral – dezentral (oder gar verkürzt: Plan/Markt) ist aber zumindest bis vor kurzem in mehrerer Hinsicht Ausgangspunkt kritischer Reflexionen gewesen.

Auch heute läßt sich nachweisen, daß sie auch noch bei den Kritikern implizit enthalten ist, die meinen, daß in den osteuropäischen Staaten die Arbeiterklasse ihre Macht an eine herrschende Klasse verloren habe, was m.a.W. bedeutete, daß die Arbeiterklasse in diesen Staaten die Macht schon einmal in Händen gehabt hätte (und zwar solange, wie Stalin herrschte). Dieser sehr personalistischen Argumentationsweise liegt die Annahme zugrunde, daß das zentrale Wirtschaftssystem, wie es sich in der UdSSR herausgebildet hatte und als Grundmodell nach 1945 auf die „Volksrepubliken“ übertragen wurde, im Gegensatz zu den dann geschaffenen dezentraleren Strukturen nicht mit sozialistischen Vorstellungen konfligiert. Zentrale Planung wird in dieser Argumentation sakrosankt, sie wird mit gesamtgesellschaftlich für diese Staaten weitgehend gleichgesetzt. Insofern argumentieren auch die

* Hiermit möchte ich Dieter Staritz, Christel Neusüss und Jürgen Hofmann für die kritische Durchsicht des Manuskripts, für Anregungen und Hinweise herzlich danken.